

## Die Partei ohne Kopf

Von Markus Somm



Wenn Historiker in fünfzig Jahren die Geschichte des Niedergangs der CVP schreiben und ihren Lesern, denen das Kürzel CVP nichts mehr sagt, erklären müssen, warum eine so grosse Partei spurlos verschwunden ist, dann werden sie um den Namen Christophe Darbellay nicht herumkommen: diesem linken Nationalrat aus dem Unterwallis, der die Partei ein paar Jahre lang ins Elend führte und, solange er konnte, alles dafür tat, dass auch der letzte bürgerliche Wähler der CVP den Rücken kehrte. Einen Meilenstein in der Selbstvernichtung hat die Partei gestern Mittwoch gesetzt: Widerwillig, ja resigniert, da unter fast unerträglichem Druck der eigenen Führung, haben auch die Ständeräte der CVP einem Atomausstieg ohne Abstriche zugestimmt. Der Anblick war erschütternd.

Es war ein Begräbnis. Gestandene katholisch-konservative Männer aus der Urschweiz, die einer Kirche angehören, die nur alle hundert Jahre vorsichtig ihre Dogmen anpasst, solche bodenständige und früher stolze Männer haben sich den Wahlkampfkapriolen eines jungen Abenteurers unterworfen. In der Hoffnung, irgendwo Wähler zu beeindrucken, indem man Über-

Einen Meilenstein in der Selbstvernichtung hat die CVP gestern Mittwoch gesetzt.

zeugungen, die über Jahrzehnte verteidigt wurden, innert Tagen auswechselt, hat Darbellay seiner Partei den kollektiven Kopfstand befohlen. Nie hat man vorher von der CVP Zweifel an der Atomkraft vernommen, nie war in diesen Reihen Skepsis aufgekommen. Die Bekehrung von Fukushima – sie kam plötzlich.

Was verspricht sich Darbellay? Ist es Selbsthass, ist es Wahn? Wohin er seine Partei auch treibt, so kann er nie gewinnen: Treue Wähler verjagt er, neue findet er keine. Wie auch? Wäre ich ein Gegner der Atomkraft, was ich nicht bin: Nie würde ich auf eine solch gallertartige Partei setzen. Wenn mir der Ausstieg richtig schiene, dann hätte ich mehr Vertrauen in die Grünen, die aus der Anti-AKW-Bewegung hervorgegangen sind, oder ich wählte die SP, die 1978 gegen den Widerstand des eigenen Bundesrates (Willi Ritschard) an einem tränenreichen Parteitag den Atomverzicht beschlossen hat.

Eine Partei aber, die so rasch ihre Meinung ändert wie die Darbellay-CVP, wird es genauso schnell wieder tun, wenn die Folgen von Fukushima nicht mehr allen im Bewusstsein sind.

Irgendwie berührt es peinlich. Dass ausgerechnet eine so alte Partei wie die CVP sich einem solchen Präsidenten ausgeliefert hat: Eine ältere, elegante Dame verfiel einem politischen Heiratsschwindler. markus.somm@baz.ch

# Bittere Stunden für die Atomfreunde

Die FDP-Urgesteine um Rolf Schweiger verloren im Ständerat ihren letzten Kampf

Von Alan Cassidy, Bern

Rolf Schweiger hat in seiner langen politischen Karriere viele Gefechte um Atomkraftwerke ausgefochten. Die meisten hat der Zuger, der für die FDP während vierzig Jahren in verschiedenen Parlamenten sass, gewonnen. Gestern trat der Präsident der atomfreundlichen Aktion für eine vernünftige Energiepolitik Schweiz (Aves) bei seinem letzten grossen Auftritt im Ständerat zu seinem letzten grossen Kampf an. Es war eine Abrechnung.

Er sei immer zu seiner Einstellung gestanden, dass die Kernkraft auch in Zukunft eine Option sei, sagte Schweiger. «Dafür wurde ich belächelt und beschimpft.» Zu Unrecht sei ihm immer wieder vorgeworfen worden, im Dienst «von irgendjemand oder irgendetwas» zu stehen. «Glauben Sie mir doch, dass auch Politiker denken können und nicht darauf angewiesen sind, permanent von jemandem lobbyiert zu werden», rief Schweiger aus. «Das beleidigt einen als Menschen und auch als Politiker.»

Die gestrige Parlamentsdebatte musste auf den 66-Jährigen gewirkt haben wie eine verkehrte Welt. Ausgerech-

net der Ständerat, diese sonst so solide Bastion von verbandelten Interessenvertretern, wurde geschliffen von einer Allianz aus linksgrünen Atomgegnern und bürgerlichen Ausstiegsbefürwortern. Überraschend deutlich stimmte der Ständerat den massgeblichen Motionen mit jeweils über dreissig gegen weniger als zehn Stimmen zu. Damit ist der Atomausstieg politisch beschlossen.

### Eine Abkehr von Weltbildern

Mit Rolf Büttiker hatte sich ein weiterer Freisinniger vergeblich dagegen gewehrt, dass künftig im Kernenergiegesetz festgehalten wird, keine Rahmenbewilligungen zum Bau neuer Atomkraftwerke zu erteilen. Büttiker, Ständerat des Kantons Solothurn und Verwaltungsrat des AKW Leibstadt, klagte vor allem darüber, dass Bundesrat und Parlament keine Verfassungsabstimmung über den Atomausstieg abhalten wollten. «Wer das Volk Ernst nimmt, muss den Weg für einen Volksentscheid frei machen», sagte Büttiker.

So wie Schweiger tritt auch Büttiker auf Ende der ablaufenden Legislatur aus dem Ständerat zurück. Und so wie Schweiger war auch Büttiker anzumer-

ken, was die grünliberale Zürcher Ständerätin Verena Diener so beschrieb: «Die Energiewende bedeutet eine Abkehr von Weltbildern. Das erklärt vielleicht auch die Emotionalität, die in der Kommission und auch hier im Saal deutlich spürbar ist.» Emotional wurde vor allem der Berner SVP-Ständerat Adrian Amstutz, der die CVP-Vertreter kritisierte, weil sie wegen des Wahlkampfs «eingeknickt» seien wie Streichhölzer.

Gemeint hatte Amstutz Ständeräte wie den Schwyzer CVP-Vertreter Bruno Frick, der sich zwar auch gestern skeptisch zeigte, ob der Atomausstieg umsetzbar sei. Den Kompromiss der ständerätlichen Umwelt- und Energiekommission, den die CVP am Dienstag kurzfristig eingebracht hatte, könne er aber «hundertprozentig» mittragen, sagte Frick. Ähnlich äusserten sich auch andere CVP-Ständeräte.

### Leuthard kritisiert Bürgerliche

Die abgeänderte Motion, die der Ständerat gestern beschloss, geht auf den Vorstoss des Walliser CVP-Nationalrats Roberto Schmid zurück. Sie bildete die Grundlage für den Ausstiegsentscheid des Nationalrats vom Juni. Weil

der Ständerat nun eine Differenz zum ursprünglichen Vorstoss geschaffen hat, muss der Nationalrat im Winter nochmals darüber entscheiden, ob er die Motion in der vorliegenden Form annimmt. Dies dürfte er mit grosser Mehrheit machen, denn gestrichen hat der Ständerat jenen Passus, der in den vergangenen Wochen für grosse Unklarheit gesorgt hatte: Die Frage, ob der Bau aller Atomkraftwerke zu verbieten sei oder nur der Bau von Kraftwerken der «heutigen Generation».

Dieser Passus, das stellte Bundesrätin Doris Leuthard (CVP) in einem engagierten Votum klar, sei nicht umsetzbar. Sie betonte erneut, dass die Kernenergie heute ohne Vollkostenrechnung zu billig sei und sich im Lauf der nächsten Jahre ohnehin verteuern werde. Dann würden auch die alternativen Energieträger marktfähiger, sagte Leuthard. Sie griff die Ausstiegsgegner im eigenen bürgerlichen Lager an, als sie erklärte: «Wenn die Elite dieses Landes alles für unmöglich hält und alles schlechtredet, leistet sie der Schweiz einen Bärendienst. Wir brauchen Aufbruchsstimmung und den Glauben, dass der Ausstieg möglich ist.»



**Gescheitert.** Adrian Amstutz (SVP, links) und der Freisinnige Rolf Schweiger wurden gestern im Ständerat deutlich überstimmt. Foto Yoshiko Kusano/freshfocus

## «Viele Firmen wollen auf Atomstrom verzichten»

Swisscleantech-Präsident Nick Beglinger spricht gegen die Vorherrschaft von Economiesuisse an

Von Markus Prazeller, Bern

Schon im Vorfeld des Nationalratsentscheids in der Sommersession weibelte Nick Beglinger, Präsident des aufstrebenden Wirtschaftsverbands Swisscleantech, bei den Parlamentariern für den Ausstieg aus der Kernenergie. Auch gestern wieder stand der umtriebige Verbandsfunktionär im Zentrum des Interesses. Vom Grundsatzentscheid erhofft er sich viel.

**BaZ:** Der Ständerat hat überraschend klar den Atomausstieg bekräftigt. Für wie verbindlich halten Sie ihn?



**Nick Beglinger:** Zunächst freuen wir uns über dieses Votum, vor allem freut uns, dass es so klar ausgefallen ist. Klarheit bedeutet Planbarkeit und das ist gut für die

Wirtschaft. Im Wissen darum, in welche Richtung die Energiepolitik steuert, können nun Investitionen getätigt werden. Der Markt kann sich so an

der Energiewende beteiligen. Es braucht weniger Subventionen.

**Im Ständerat beklagte man sich über den Druck von Lobbyisten. Das habe zu einem überhasteten Entscheid geführt.**

Es kann schon sein, dass gewisse Lobbyisten übertreiben. Oft haben wir aber auch erlebt, dass viele Parlamentarier froh waren, dass wir ihnen fundierte Entscheidungsgrundlagen geliefert haben. Auch in der Energiekommission des Ständerats haben wir unsere Sicht dargelegt und mussten viele kritische Fragen beantworten. Ansonsten haben wir uns im Vorfeld der aktuellen Debatte aber eher zurückgehalten. Im Ständerat ist allzu intensives Lobbying eher kontraproduktiv.

**Der Ausstieg hat eine erste Hürde genommen. Wie zuversichtlich sind Sie, dass es nicht bei Absichtserklärungen bleibt?**

Ich bin sehr zuversichtlich. Ich stelle auch in der täglichen Arbeit, im Kontakt mit den Unternehmen fest, dass die Bereitschaft steigt, zunehmend auf Atomstrom und fossile Energien zu verzichten. Auch unter Politikern, vor allem jüngeren, setzt sich diese Erkenntnis allmählich durch. Inso-

fern glaube ich, dass der Wille für eine klare Energiewende im neuen Parlament, das im Oktober gewählt wird, sogar noch grösser sein wird als jetzt.

**Die Energiewende ist unmöglich, ohne dass auch die Energiekosten steigen. Der Widerstand in der Wirtschaft wird massiv wachsen.**

Auch hier zeichnet sich eine Wende ab. Immer mehr Unternehmen begreifen, dass eine Cleantech-Energiestrategie aufgeht und sogar wirtschaftliche Vorteile hat. Es ist ein Trugschluss zu meinen, die Energiewende schade der Wirtschaft, nur weil gewisse Verbände das sagen. Gerade beim Dachverband Economiesuisse, der ja im Namen der Gesamtwirtschaft sprechen sollte, zeigt sich das ziemlich deutlich. Der Verband scheint stark von einzelnen Interessengruppen beeinflusst zu werden. Seine ständigen Warnungen vor den Folgen des Atomausstiegs machen das offensichtlich.

**Wie meinen Sie das?**

Economiesuisse vertritt in diesen Fragen nicht die Gesamtwirtschaft, sondern die wenigen energieintensiven Unternehmen, die Öl-, Gas- und Au-

tofirmen – das sind nicht mehr als zehn Prozent der gesamten Arbeitsplätze. Wir sagen: Für 90 oder gar 95 Prozent der Unternehmen geht eine Cleantech-Energiestrategie auf, für die restlichen fünf Prozent können und sollen Ausnahmeregelungen geschaffen werden. Ich sage nicht, dass es einfach wird, aber es ist machbar.

**Letzte Woche hat der Nationalrat einen Vorstoss angenommen, wonach der Atomausstieg nicht mit Subventionen oder Lenkungsabgaben umgesetzt werden darf. Was bedeutet das?**

Nach der gestrigen Abstimmung glaube ich, dass der Ständerat diesen Fehltritt des Nationalrats korrigieren wird. Viele Nationalräte haben mir gesagt, sie hätten gar nicht recht gewusst, um was es im Vorstoss eigentlich ging – es war einer von sehr vielen Beschlüssen, die an diesem Tag gefasst wurden. Für uns ist klar: Ein Ausstieg ist nicht möglich, ohne dass wir von einer Billigstromstrategie wegkommen. Dazu gehören auch Lenkungsabgaben wie die kostendeckende Einspeisevergütung und mittelfristig eine ökologische Steuerreform.